

Unser Adventkalender



Für einen täglichen Moment der Ruhe und vorweihnachtlichen Besinnung in einem hektischen Alltag.



Gedicht

In Weihnachtszeiten
reis' ich gern
Und bin dem
Kinderjubel fern
Und geh' in Wald
und Schnee allein.
Und manchmal,
doch nicht jedes Jahr,
Tritt meine gute
Stunde ein,
Dass ich von allem,
was da war, gesunde
Und irgendwo im Wald
für eine Stunde
Der Kindheit Duft
erfühle tief im Sinn
Und wieder Knabe bin.

Hermann Hesse
(Weihnachtszeiten)



Traum in Weiß

KANIZAI

„Es geht in die richtige Richtung“

INTERVIEW. Wie Günter Bauer als Chef des Landesrechnungshofes das Landesbudget 2017, Spar- und Reformpläne bewertet. Und was er sich von der Politik wünscht.

Von **Andrea Bergmann**

— ANZEIGE —

LAND KÄRNTEN

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG EINER MÜNDLICHEN VERHANDLUNG

Anlass: Ansuchen der KBD Kiesgewinnung und Bodenaushubdeponie GmbH vom 03.06.2016, ergänzt eingelangt am 27.09.2016, bei der Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land um die Bewilligung zur Herstellung einer Bergbauanlage in Form der Errichtung und des Betriebes einer stationären Nassaufbereitungsanlage nach dem Mineralrohstoffgesetz auf dem Grundstück Nr. 782 in der KG 72006 Hundsdorf. Die Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land führt in dieser Angelegenheit am

Montag, 30. Jänner 2017
mit Beginn um 09.30 Uhr

eine mündliche Verhandlung an Ort und Stelle durch.

Treffpunkt: an Ort und Stelle, Grundstück Nr. 782 in der KG 72006 Hundsdorf.

Gemäß § 119 Abs. 2 Mineralrohstoffgesetz – MirroG, BGBl. I Nr. 38/1999 i.d.g.F. sind den Nachbarn als Parteien im Genehmigungsverfahren Gegenstand, Zeit und Ort der mündlichen Verhandlung durch Anschlag in der Gemeinde sowie durch Verlautbarung in einer weit verbreiteten Tageszeitung oder einer wöchentlich erscheinenden Bezirkszeitung bekannt zu geben. Als Nachbarn gelten alle Personen, die durch die Herstellung (Errichtung) der Bergbauanlage gefährdet oder belastigt oder deren Eigentum oder sonstige dingliche Rechte gefährdet werden könnten. Als Nachbarn gelten nicht Personen, die sich vorübergehend in der Nähe der Bergbauanlage aufhalten und nicht im Sinne des vorherigen Satzes dinglich berechtigt sind. Als Nachbarn gelten jedoch die Inhaber von Einrichtungen, in denen sich, wie etwa in Beherbergungsbetrieben, Krankenanstalten und Heimen, regelmäßig Personen vorübergehend aufhalten, hinsichtlich des Schutzes dieser Personen und die Erhalter von Schulen hinsichtlich des Schutzes der Schüler, der Lehrer und der sonst in Schulen ständig beschäftigten Personen. Die Parteien können bis **Freitag, 27.01.2017**, während der Amtsstunden in die Projektunterlagen Einsicht nehmen.

Ort der Einsichtnahme:

Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land, Gewerberreferat, Zimmer Nr. 106, Völkermärker Ring 19, 9021 Klagenfurt, nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung.

Rechtsgrundlagen:

§§ 118, 119 Mineralrohstoffgesetz – MirroG, BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2016 §§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/2013

Hinweis:

Eine Person verliert ihre Stellung als Partei, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land (Gewerbebehörde) oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt (§ 42 Abs. 1 AVG 1991).

Für den Bezirkshauptmann:
MMag. Andrea Buchwald

www.ktn.gv.at

Was sagt Ihnen das Landesbudget 2017, das Donnerstag im Landtag beschlossen wird?

GÜNTER BAUER: Wichtig für uns ist neben dem Primärsaldo die Nettoneuverschuldung. Die beträgt 2017 104 Millionen Euro und soll laut Budgetplan 2018 auf 83 Millionen kommen und 2020 auf 25 Millionen Euro. Wenn dieser Budgetplan so eingehalten wird, geht es in die richtige Richtung. Wir sehen in vielen Bereichen erste Pläne für Strukturveränderungen. Die müssen umgesetzt werden.

Was meinen Sie konkret?

Wir prüfen gerade den Pflichtschulbereich. Kärnten hat viele kleine Schulen. Der Bund zahlt die Kosten für die Lehrer laut Schülerzahlen. Lehrer, die das Land darüber hinaus beschäftigt, muss Kärnten selbst zahlen. 2015 waren es 16,5 Millionen Euro für 446 Lehrer. Eine Ursache ist der sonderpädagogische Förderbedarf, den Kärnten über den Bundesvorgaben umsetzt.

Das Land will Schulstandortkonzentration und Bildungszentren. Der richtige Weg?

Wenn es so umgesetzt wird, ja. Laut Schulgesetz müssen Volksschulen in Orten bestehen, wo im Umkreis mindestens 120 Schulkinder wohnen. 2016 haben nur 21 Prozent der 233 Volksschulen mehr als 120 Schüler. 40 Prozent, haben weniger als 60 Schüler. Neu angeordnet ist, dass Gemeinden, die mehr Schulen erhalten, die Lehrer selbst zahlen müssen.

Ist Kärnten auf dem richtigen Budgetpfad?

Da tu ich mir mit einer Nettoneuverschuldung von 104 Millionen Euro schwer. Mit Blick auf den Primärsaldo geht es in die richtige Richtung. Uns Prüfer geht es aber zu langsam.

Finanzreferentin Gaby Schaubig betont stets, dass Kärnten intelligent spart. Ist es so?

Wir sehen die Zahlen, aber nicht den Effekt. Das wird erst 2019 mit der Haushaltsreform

KLAGENFURT

Landtagswahl im Frühjahr 2018

Wahltag laut SPÖ-Vorstand am 25. Feber oder 4. März.

Kärnten wählt am 25. Februar oder am 4. März 2018 einen neuen Landtag. Darauf hat sich der SP-Vorstand gestern geeinigt. Der Termin muss von der Landesregierung beschlossen werden. Daran besteht jedoch kein Zweifel, weil die Dreierkoalition die notwendige Mehrheit hat. Laut Parteichef Landeshauptmann Peter Kaiser „mehreren sich in letzter Zeit die Zurufe, wir sollten die Landtagswahl vorverlegen und damit die positive Stimmung nutzen. Aber wir

wurden bis 2018 gewählt, um für das Land zu arbeiten“. Auch die vereinbarte Erhöhung der Bürgermeister-Bezüge hat die Zustimmung der SPÖ-Gremien gefunden. Kaiser: „Damit werden die Gehälter der Bürgermeister dem österreichischen Schnitt angepasst.“ Die SPÖ ehrte Maria-Luise Mathiaschitz, Heinz Pichler, Martin Gressl und Alfred Wurzer für den Kampf gegen Rechtsradikalismus mit der Otto-Bauer-Plakette.

Robert Benedikt

samt Wirkungsorientierung möglich. Die von der Politik gesetzten Ziele müssen dann messbar sein. Noch gibt es etliche Doppelzuständigkeiten. Wir zahlen eine Million Euro Körperschaftssteuer, weil die Landesimmobiliengesellschaft ausgegliedert ist.

Mitte 2017 beginnt der Landtagswahlkampf. Spar- und Reformmaßnahmen ade?

Darauf können wir als Rechnungshof nicht Rücksicht nehmen. Wir müssen hinweisen, wo wir großes Einsparpotenzial vermuten. Das haben wir nach Prüfung der Wohnbauförderung gerade getan.

Wird bei den großen Budgetbereichen genug gespart?

Wir prüfen gerade den Pflegebereich. Die Heime sind besser ausgelastet, doch die mobile Pflege ist kostengünstiger und

wird von den Patienten bevorzugt. Daher sollte dieser Bereich ausgebaut werden. Diesen Weg beginnt das Land. Im Plan 2020 für die Spitäler gibt es richtige Ansätze, doch die sind uns zu wenig. In Kärnten bleiben die Patienten im Schnitt 5,84 Tage im Spital, deutlich länger als in den Bundesländern. Wir haben 575 Akutbetten pro 100.000 Einwohner, Kärnten liegt europaweit im Spitzenfeld.

Weihnachten als Zeit der Wünsche: Ihr Wunsch an die Landespolitik?

Dass das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes ernsthaft verfolgt wird. Für 2021 wäre ein Landesbudget ohne Neuverschuldung möglich, wenn der Budgetpfad umgesetzt werden kann. Irgendwann müssen wir die Schulden zurückzahlen. Ab dem Jahr 2022 könnte das dann möglich sein.



Günter Bauer, Direktor des Landesrechnungshofes: „Es gibt noch zu viele Doppelzuständigkeiten im Land“

KLZ

— BEZAHLTE ANZEIGE, die inhaltliche Verantwortung liegt beim Auftraggeber —

IM GESPRÄCH

„Rekordbeschäftigung statt Luftschlösser: So schaut's aus“

SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser bescheinigt Kärnten gute Zukunftsaussichten. Die SPÖ habe die Finanzen in den Griff bekommen. Durch intelligentes Sparen sanken die Schulden, dadurch seien zielgerichtete Investitionen in die Zukunft möglich.

Sie sprechen von „guten Zukunftsaussichten“. Warum?

Herwig Seiser: Durch lange, intensive Gespräche mit Ländervertretern sowie Gemeinde- und Städtebund hat sich etwa beim Finanzausgleich eine finanzielle Bedrohung zu einem Erfolg für unser Bundesland gewandelt. Kärnten lief Gefahr, 100 Millionen Euro pro Jahr an Finanzmitteln zu verlieren. Nun sind es aber 10 Millionen Euro mehr pro Jahr, die Kärnten zur Verfügung stehen. Mit dem Landesvoranschlag 2017 erfüllen wir alle budgetären Anforderungen der EU.

Außerdem ist Kärnten wieder kreditwürdig. Das heißt: Bei Bedarf können wir uns auf den inter-

nationalen Finanzmärkten günstig Geld besorgen.

Investitionen sind also wieder möglich?

Die Zukunftscoalition hat 2013 einen Scherbenhaufen übernommen. Mit Einsparungen – auch im Bereich der Parteien- und Klubförderung – und einem konsequenten Budgetkurs haben wir wieder Spielraum gewonnen, um so zu investieren, dass es die Menschen auch wirklich spüren. Derzeit nehmen wir rund 84 Millionen Euro mehr ein, als wir ausgeben.

Welche zielgerichteten Investitionen wird es geben?

Wir investieren dort, wo es Sinn macht, wo die Effekte am größten sind und die Zukunftsausrichtung

am klarsten gegeben ist. Das ist eine klare Absage an Phantasieprojekte, Utopien und Luftschlösser.

Stattdessen steht die von der SPÖ geführte Zukunftscoalition für nachhaltige Investitionen in Bereiche, in denen Arbeitsplätze, leistbarer Wohnraum und neue Perspektiven für alle Kärntner und Kärntnerinnen geschaffen werden.

Die Rekordbeschäftigung im November zeigt bereits eindrucksvoll die ersten Früchte dieser zielgerichteten Arbeit.

INFOS:

SPÖ Landtagsklub Kärnten



SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser: „Kärntens positive Zukunft hat dank der SPÖ-Politik des intelligenten Sparens bereits begonnen“

FOTO: © J. PUCH